

„Anti“-FA: Bombenbau mit Steuermitteln



Der bayerische Landesvorsitzende der FREIHEIT, Christian Jung (Foto), attackiert in einer aktuellen Video-Stellungnahme den Münchner Stadtrat wegen dessen alljährlicher Vergabe von Fördermitteln in Höhe von knapp 40.000 Euro an die Münchner „Anti“-FA. 2011 stimmte selbst die CSU im Münchner Rathaus für die Finanzierung der im Verfassungsschutzbericht erwähnten Versammlungsstätte im Zentrum der bayerischen Landeshauptstadt.

Neben der Miete für das städtische Gebäude ‚Kafe Marat‘ in Höhe von 32.500 Euro erhalten die Autonomen, die nur dem Namen nach selbständig, aber in der Realität gemeindlich gefördert sind, auch noch Materialkosten in Höhe von nahezu 7.000 Euro pro Jahr.

Angesichts der Bilder der Gewalt und des Aufruhrs in London, Birmingham, Athen und anderen europäischen Metropolen ist eine derartige Unterstützung von Gewaltbereiten ein Armutszeugnis der etablierten Politik.

Während auf ultralinken Hassseiten wie „Linksunten.Indymedia“, angefeuert durch die Brandschatzungen in England, die [Aufruhr-Parolen](#) der roten Revolutionäre kursieren, werden die gleichen Kreise mit dem Geld der potentiellen Opfer alimentiert. In Berlin schreitet die linke Szene bereits mit festen Schritten voran und lässt den Gewaltaufrufen bereits [die ersten](#)

Straftaten folgen.

DIE FREIHEIT Bayern belässt es derweil nicht bei ihrer Kritik. Im Gegenteil: In einem lesenswerten Antrag an die Stadt München verlangt die Bürgerrechtspartei für sich selbst ebenfalls Nutzungsrechte der besagten Immobilie. Schließlich, so DIE FREIHEIT, handelt es sich augenscheinlich um eine durch die Stadt finanzierte und somit gemeindliche politische Versammlungsstätte. „Natürlich wird der ein oder andere beim Lesen des Antrages oder der Pressemitteilung schmunzeln müssen, aber wir meinen es sehr ernst“, so der bayerische Landesvorsitzende Christian Jung.

Noch hat die Stadt auf die Anträge der FREIHEIT nicht reagiert. Daher wird derzeit schon eine Klage vorbereitet, da schließlich einige der geplanten Termine, zu denen DIE FREIHEIT die Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen nutzen wollte, längst verstrichen sind. Der Landesverband Bayern wird dabei vom Vorsitzenden des Thüringischen Landesverbandes unterstützt. „Wir sind Phillipp Wolfgang Beyer sehr dankbar für die juristische Unterstützung, die er uns über seine Kanzlei gewährt“, so Christian Jung, der zudem gegenüber PI-News andeutete, dass weitere Schritte folgen könnten: „Bei unseren Recherchen zu den rechtlichen Möglichkeiten sind wir auch noch auf einen anderen Ansatz gestoßen, die extremistische ‚Antifa‘ von jeglicher finanziellen Versorgung durch die Stadt München abzuschneiden. Aber das wird noch geprüft“.

Bis dahin kann die Münchner „Anti“-FA weiter von ihrer aus dem städtischen Säckel finanzierten Residenz in der Münchner Innenstadt aus zur Gewalt gegen Andersdenkende aufrufen. „Wir werden die Münchner Bürger darauf aufmerksam machen, wer und was im Falle des ‚Kafe Marat‘ mit ihren Steuergeldern unterstützt wird“, gibt sich auch der Generalsekretär der bayerischen FREIHEIT, Tim Homuth, entschlossen. Doch dabei soll es nach dem Willen des Politikers nicht bleiben. „Wir wollen mit dem Unsinn aufräumen, dass diese Gesellschaft ihre

eigenen selbsterklärten Feinde finanziert.“